Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Zaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 161. | Dresden, Sonnabend den 13. Juli 1918. | 29. Jahrg.

Entspannung der Lage.

Weitere Erklärungen Hertlings. — Zustimmung zu den Kriegskrediten.

Die politische Debatte im Hauptausschuß des Reichstags ist am Freitag schnell zu Ende gegangen. Der Reichskanzler nahm nochmals das Wort. Er sah sich zu der neuen Erklärung veranlaßt durch die kritischen Aeußerungen, die am Tage zuvor der Abgeordnete Scheidemann vorgebracht hatte. In den Berliner Abendblättern ist auffälligerweise von der neuen Erklärung des Grafen Hertling kaum eine Andeutung enthalten und fast scheint es, als solle diese Erklärung als vertraulich gelten. Dies ist jedoch durchaus unmöglich. Denn diese Erklärung, die sich hauptsächlich nochmals mit Belgien befaßte, war sehr bedeutungsvoll. Sie kam dem Verlangen der Mehrheitsparteien, besonders der Sozialdemokratie, daß über die deutschen Absichten gegenüber Belgien noch mehr Klarheit geschaffen werden müsse, ein anerkennenswertes Stück entgegen. Es kennzeichnet die Situation, daß Graf Westarp die kurze Erklärung abgab, die neuen Aeußerungen Hertlings hätten ihn nicht befriedigt, er habe sehr ernste Bedenken dagegen.

Jedenfalls darf gesagt werden, daß der kritische Zustand, der durch den Abschied Kühlmanns heraufbeschworen wurde, durch die Erklärungen des Reichskanzlers überwunden worden ist. Von den Mehrheitsparteien ist das Zentrum vollständig mit der jetzigen Reichsleitung einverstanden. Die Fortschrittliche Volkspartei ist der Meinung, daß in der jetzigen Zeit Zurückhaltung geübt werden muß; auch bleibt der Vizekanzler v. Payer in seinem Amte. Auch für die Sozialdemokratie bedeuten die letzten Erklärungen des Kanzlers einen sachlichen Fortschritt in der Kriegszielfrage. Die Alldeutschen, die triumphierend den Skalp Kühlmanns schwangen, werden mit wenig vergnügten Gesichtern den Gang der Ereignisse verfolgen.

Im übrigen bleibt die Kritik der Sozialdemokratie gegen viele Maßnahmen der jetzigen Regierung in voller Schärfe bestehen. Ist es doch eine ganz irrtümliche Auffassung, daß die Sozialdemokratie eine „Regierungspartei" sei und mit der Regierung „durch dick und dünn" gehen müsse. Nichts falscher als dies. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich mit Fortschrittlern und Zentrum zu einer Mehrheitsbildung verbunden, deren Zweck es ist, auf Grund eines vereinbarten Mindestprogramms mehrere besonders wichtige Fragen der innern und auswärtigen Politik — sozialpolitische Fragen, preußisches Wahlrecht, Friedensfrage — in bestimmter Richtung zur Lösung zu bringen. Dabei behält jede dieser Parteien ihre volle Selbständigkeit und Freiheit. Wie frei und unabhängig die Sozialdemokratie gegenüber der jetzigen Regierung steht, hat soeben wieder unsre Stellungnahme zu den Steuergesetzen gezeigt. Es ist uns gelungen, ganz wesentliche Verbesserungen der Regierungsvorlagen durchzusetzen, aber diejenigen Vorlagen, die unsren Anschauungen zuwider sind und von uns als volksschädlich erachtet werden, haben wir abgelehnt. Die Fraktion hat vor allem ihre Gesamtstellung zur Regierungspolitik dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie dem Etat nicht zustimmte.

Den neuen Kriegskrediten gibt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wie bisher so auch jetzt ihre Zustimmung. Diese Mittel werden nicht aus Vertrauen zu der Regierung bewilligt, sondern um des Landes und des Volkes willen. Solange die Ententestaaten keinerlei Friedensbereitschaft zeigen und an ihren Eroberungsplänen festhalten, solange infolge dieser fanatischen Haltung der Gegner der Krieg fortdauert, solange können auch die Mittel für die Landesverteidigung nicht verweigert werden. Die Gegner mögen sich endlich überzeugen, daß ihre Spekulationen auf die innere Auflösung Deutschlands aussichtslos sind, sie mögen sich endlich zu Friedensverhandlungen bereit erklären. In der Stunde, in der die Gegner ihre Bereitschaft zu Verhandlungen bekunden, wird der Friede auch wirklich zustande kommen. Denn das deutsche Volk wird nimmermehr dulden, daß dann an irgendwelchen Eroberungsforderungen von deutscher Seite der Friede scheitert.

* * *

Nach Schluß der obigen Zeilen wird bekannt, daß die Erklärung Hertlings über Belgien im Wortlaut zur Veröffentlichung gelangen wird.

* * *

Erklärungen des Kanzlers über Belgien.

† Berlin, 12. Juli. (Amtlich.) Ueber die Ausführungen, die der Reichskanzler heute vor dem Hauptausschuß über die belgische Frage gemacht hat, sind in der Oeffentlichkeit Darstellungen verbreitet worden, die Mißverständnisse hervorrufen könnten. Wir setzen daher nachstehend den in Betracht kommenden Teil der Kanzlerrede ausführlich wieder:

Anknüpfend an seine gestrigen Darlegungen hat der Kanzler folgendes ausgeführt: Was die Zukunft Belgiens betrifft, so bemerkt, wie ich gestern schon gesagt habe, die Okkupation und die gegenwärtige Besetzung Belgiens nur, daß wir ein Faustpfand für die künftigen Verhandlungen haben. Im Begriff des Faustpfandes liegt es, daß man das, was man als Pfand hat, nicht behalten will, wenn die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat geführt haben. Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgendeiner Form zu behalten. Wir wünschen genau so, wie ich schon am 24. Februar gesagt habe, daß das nach dem Kriege wiedererstandene Belgien als selbständiges Staatswesen keinem als Vasall untergeordnet ist und mit uns in guten, freundschaftlichen Verhältnissen lebt. Das ist der Standpunkt, den ich zu dem belgischen Problem von Anfang an eingenommen habe und auch heute noch einnehme. Meine Herren, diese Seite meiner Politik steht durchaus im Zusammenhang mit den allgemeinen Richtlinien, die ich Ihnen gestern dargelegt habe. Wir führen den Krieg als Verteidigungskrieg. Weil wir ihn als Verteidigungskrieg führen, weil uns von Anfang an jede imperialistische, jede auf die Weltherrschaft gerichtete Tendenz fernegelegen hat, darum werden auch unsere Friedensziele dem entsprechen.

Was wir wollen, das ist die Unversehrtheit unsres Territoriums, das ist freie Luft für die Entwicklung unsres Volkes, insbesondere auf dem wirtschaftlichen Gebiete, das ist natürlich auch die notwendige Sicherung für künftige schwierige Verhältnisse. Das trifft vollkommen auch für den Standpunkt zu, den ich Belgien gegenüber einnehme. Wie sich dieser Standpunkt aber im einzelnen festlegt, hängt von den künftigen Verhandlungen ab. Darüber kann ich jetzt keine bindende Erklärung abgeben. Ich muß mich damit begnügen, diese allgemeinen, maßgebenden Richtlinien hier nochmals festgelegt zu haben, und so glaube ich, doch an Sie die Bitte richten zu dürfen, helfen auch Sie mit, daß wir im Innern die Einheitsfront halten, die so überaus wichtig ist für unsere Brüder draußen im Felde. Helfen Sie alle zusammen mit, daß wir die schwere Zeit des Krieges, den wir zu führen gezwungen sind, solange wir ihn führen müssen, bis zum ehrenvollen Ende bestehen.

Französische Vorstöße an der Avre. Fliegererfolge im Juni.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 13. Juli 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Südwestlich von Bailleul wurden mehrfache Angriffe starker englischer Abteilungen abgewiesen. Ebenso scheiterten nächtliche Vorstöße des Feindes nördlich von Albert. Heftigem Feuerkampf auf dem Westufer der Avre folgten zwischen Castel und Mailly Teilangriffe der Franzosen, die der Feind am Nachmittag bei Mailly, am Abend in dem ganzen Abschnitt nach erneuter stärkster Artillerievorbereitung wiederholte. In Castel und im Gehölz Anchin setzte sich der Feind fest. Oestlich dieser Linie brachen seine Angriffe in unserm Gegenstoß zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Zwischen Oise und Marne blieb die Gefechtstätigkeit rege. Erneute Vorstöße des Feindes nördlich von Longpont und südlich des Ourcq wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

In den mittleren Vogesen und am Hartmannsweiler Kopf lebte die Gefechtstätigkeit auf. Nordöstlich von Pont-à-Mousson und im Fave-Grunde scheiterten nächtliche Vorstöße des Feindes.

Im Juni wurden an den deutschen Fronten 468 feindliche Flugzeuge, davon 92 durch unsre Flugabwehrgeschütze, und 62 Fesselballone abgeschossen. Hiervon sind 217 Flugzeuge in unserm Besitz; der Rest ist jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt.

Wir haben im Kampf 153 Flugzeuge und 51 Fesselballone verloren.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Bewilligung der Kriegskredite im Hauptausschuß.

Berlin, 12. Juli. Der Hauptausschuß des Reichstags setzte heute in Anwesenheit des Reichskanzlers, fast sämtlicher Staatssekretäre und zahlreicher Abgeordneter die Aussprache über die politische Lage fort. Abg. Stresemann schließt sich in Beurteilung der Persönlichkeit v. Kühlmanns den gestrigen Ausführungen des Abg. Gröber an. Staatssekretär v. Kühlmann hatte unsre Unterstützung für eine lange Periode seiner Amtszeit. Er ist von uns nicht grundsätzlich bekämpft worden. Die letzte Rede des Staatssekretärs, die ja die Ursache seines Sturzes geworden ist, ließ das Augenmaß für die Wirkung seiner Ausführungen im Innern in einem Maße fehlen, wie es bei einem Staatsmanne niemals vorkommen dürfte. Wir verstehen es, daß angesichts der Wirkung dieser Rede der Staatssekretär um seine Entlassung gebeten hat, und wir können dem Herrn Kanzler daher nur zustimmen, wenn er für die Genehmigung dieses Abschiedsgesuchs eingetreten ist. Die Angriffe auf die Politik des Reichskanzlers lehnen wir ab. Der Reichskanzler hat durch seine Führung der Reichsgeschäfte das Reichsschiff vor Schwankungen bewahrt, wobei ihm das Vertrauensein mit dem Parlament zustatten gekommen ist. Das mit den Parteien besprochene Programm hat er loyal durchgeführt. In der Frage der preußischen Wahlreform liegen die Schwierigkeiten der Durchführung klar vor Augen. Es müßten alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft werden, ehe an die Auflösung gegangen werden kann. Daß der Kanzler im gegebenen Moment diese Auflösung durchsetzen wird, unterliegt keinem Zweifel. Die Schwierigkeiten der Durchführung des Arbeitskammergesetzes liegen beim Parlament, nicht bei der Regierung. Die sozialdemokratischen Vorwürfe gegen den Kanzler sind daher durchaus hinfällig. Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik faßen wir die Antwort der Papstnote als einen diplomatischen Akt auf und sind nicht der Meinung, daß man durch Bildung bestimmter Formeln zur Beendigung des Krieges beiträgt. Wir begrüßen die Erklärung des Kanzlers bezüglich der russischen Verhältnisse. Notwendig ist ein baldiger Beginn des wirtschaftlichen Güteraustauschs. Wünschenswert erscheint besonders auch eine freundschaftliche Einwirkung auf unsre türkischen Bundesgenossen bezüglich des türkischen Vormarschs im Kaukasus. Von einer Kundgebung über die Herausgabe Belgiens vermögen wir uns keine friedensfördernde Wirkung zu versprechen. Ein Vertrauensverhältnis zwischen der Obersten Heeresleitung und der auswärtigen Politik muß bestehen. Die gegen die Oberste Heeresleitung erhobenen Vorwürfe sind unberechtigt. Dem neuen Staatssekretär kommen wir vorurteilsfrei entgegen. Wir kennen ihn nicht und wir werden ihn daher nur nach seinen Taten beurteilen können.

Reichskanzler Graf Hertling äußerte sich dann noch einmal vertraulich zur belgischen Frage und schloß mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß der innere Friede nicht gefährdet werde.

Nach einigen kurzen Bemerkungen des Abg. Warmuth (Dt. Fr.) kam Abg. Ledebour an die Reihe, der zunächst feststellte, daß seine Partei der Person des Staatssekretärs v. Kühlmann völlig unbefangen gegenüberstehe, weil sie sich nie der Illusion hingegeben habe, daß der Staatssekretär eine Politik treiben könne, die die Annexionen verwerfe. Der Reichskanzler habe ganz offenbar sich bei der Beurteilung der Rede v. Kühlmanns von den Ansichten der Heeresleitung beeinflussen lassen, denn noch am 25. Juni habe er den Staatssekretär im Reichstage gedeckt. Die Entwicklung im Osten habe gezeigt, daß aus diesen Staaten Vasallenstaaten gemacht werden sollen. Angesichts dessen könne man kein Vertrauen zur Politik des Reichskanzlers haben. Daß Graf Westarp von der Politik des Kanzlers befriedigt sei, beleuchte drastisch die ganze Situation. Die deutsche Regierung sei das ausführende Organ der herrschenden Militärs, deshalb habe auch der Personenwechsel im Auswärtigen Amt keine Bedeutung.

Abg. Graf Westarp gab dann folgende Erklärung ab: „Meine Freunde sind mit den heutigen Erklärungen des Kanzlers über die belgische Frage nicht einverstanden, namentlich nicht mit Rücksicht auf Flandern. Auf Antrag Gröber wurde dann die Debatte geschlossen.

Hierauf wurde der Nachtragsetat für die Kriegskredite von 15 Milliarden bei Stimmenthaltung der Polen, gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten genehmigt. Wiederzusammentritt des Ausschusses voraussichtlich in der ersten Oktoberwoche.

Der Ausschuß stimmte noch einem Wunsche des Reichsschatzsekretärs zu, zwei Unterausschüsse einzusetzen, mit denen während der Vertagung über den notwendigen Abschluß von Verträgen verhandelt werden soll. Der Haushaltausschuß wird seine Arbeiten in der ersten Oktoberwoche wieder aufnehmen, um dann die Reformen des diplomatischen Dienstes zu beraten.

* * *

Keine sachlichen, sondern persönliche Gründe.

Der Reichskanzler ist am Freitag ins Große Hauptquartier zurückgekehrt. Nach den vorliegenden Meldungen besteht an der Ernennung des Herrn v. Hintze zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes kein Zweifel mehr. Herr v. Hintze wird sich nach Christiania begeben, um sich dort von den maßgebenden Stellen zu verabschieden. Mit seiner Rückkehr wird bereits für die nächste Woche gerechnet, in deren Laufe v. Hintze sein neues Amt antreten wird.

Ueber die Motive, die die Genehmigung des Abschiedsgesuches des Herrn v. Kühlmann entschieden haben, verlautet Genaues noch immer nicht. Die Erklärungen des Reichskanzlers, Grafen Hertling, über diesen Punkt der Angelegenheit sind bekanntlich streng vertraulich gegeben worden. Bekannt geworden ist nur, daß der Reichskanzler erklärt habe, daß es keine sachlichen, sondern persönliche Gründe gewesen seien, die Herrn v. Kühlmann bestimmt hätten, um die Enthebung von seinem Amte einzukommen.

Dieser Teil der Erklärung hat vielfach zu der Annahme geführt, daß der bekannte Prozeß Kühlmanns gegen die beklagten beiden Redakteure diese „persönlichen Gründe" geschaffen habe. Dazu erfahren wir, daß diese Annahme, die auch in der Presse Ausdruck gefunden habe, völlig irre gehe. Mit diesem Prozeß habe der Abschied des Staatssekretärs nicht das mindeste zu tun.

Aus Andeutungen des Redners unsrer Fraktion, des Genossen Scheidemann, geht hervor, daß in den maßgebenden Kreisen die Wirkungen der bekannten Kühlmann-Rede in der Front gefürchtet worden sind und schon vorher war bekannt, daß ganz besonders die Oberste Heeresleitung von dieser Rede „peinlich überrascht" worden sei. Man geht also wohl kaum fehl, daß es diese Beweggründe gewesen sind, die zur Krise geführt haben.

Hintze übernimmt die Geschäfte.

Berlin, 12. Juli. Reichskanzler Graf Hertling ist heute in das Große Hauptquartier zurückgekehrt. — Herr von Hintze begibt sich heute nach Kristiania zurück, um sich dort vom König zu verabschieden, und wird wahrscheinlich im Verlauf der nächsten Woche die Leitung der Geschäfte des Auswärtigen Amts übernehmen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180713/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG